Beschluss Leitantrag: Berlin in unseren Händen

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 8. Leitantrag

Antragstext

Zeit für Inhalte: Wie wir als Verband unser Berlin gestalten

In Berlin herrscht Aufbruchstimmung. Das letzte Jahr war geprägt von Wahlkampfständen, Kampagnen und Verhandlungen, um linke Mehrheiten zu gewinnen. Die Wahlen haben uns gezeigt, dass der Wunsch nach fundamentalem Wandel in Berlin ungebrochen ist. Das gibt uns und unseren Bündnispartner*innen Hoffnung und Bestätigung in unserer Arbeit. Die Vergangenheit hat aber auch gezeigt: Wandel passiert nicht nur durch das Zeichnen von Utopien oder durch Sitze im Parlament. Wandel passiert, wenn wir die Stadt zurückerobern.

Hoffnung verstehen wir nicht als passives Warten, sondern als radikale Tatkraft. Die neu gewonnenen politischen Mehrheiten, die aktuelle Lage unseres Verbands und die Inhalte, die wir aus der Opposition heraus erarbeitet haben, wollen wir nun miteinander vereinen. Wir wollen ein Berlin gestalten, das uns allen, unabhängig von Vermögen, Geschlecht oder Herkunft, gehört.

Unser Berlin: Macht vorm Brandenburger Tor, Druck im Abgeordnetenhaus

Viele Berliner*innen haben das Vertrauen in rein institutionelle Politik verloren. Die Erfahrungen mit progressiven Regierungsmehrheiten zeigen, dass Forderungen unserer Bündnispartner*innen nicht automatisch umgesetzt werden, nur weil sie im Koalitionsvertrag stehen. Dieses Vertrauen wiederherzustellen muss ein zentrales Ziel der Grünen Partei sein. Das einzufordern wird auch für uns Aufgabe sein. Dazu rücken wir die Straße ins Zentrum unseres Handelns.

Die traditionelle Doppelstrategie der Grünen Jugend, die uns zu einem Verbindungspunkt zwischen Straße und Parlament macht, soll mit unseren Votenträger*innen im Abgeordnetenhaus gefestigt werden. Die Straße soll dabei eine kontrollierende Gegenkraft einer progressiven Regierung bleiben. Denn parlamentarische Einbindung darf nicht zu Anpassung führen, sondern muss als verlängerter Arm sozialer Bewegungen deren Forderungen in Regierungsarbeit wirkentragen.

Als Grüne Jugend Berlin unterstützen wir demokratiestärkende Proteste, die frei, laut und stachelig an bestehenden Machtverhältnissen rütteln. Wir unterstützen weitreichende Streiks und bauen so den notwendigen Druck auf die Entscheidungsträger*innen auf. Unsere Aufgabe ist es, jungen Menschen Gehör zu verschaffen, ihre Probleme ernst zu nehmen und die politische Verantwortung derer einzufordern, die in den Machtzentren, gerade hier in Berlin, sitzen.

Wir blicken dabei bewusst auf die aktuellen Schüler*innenproteste in Frankreich. Die europaweiten Proteste sind kein isoliertes Phänomen, sondern Teil einer globalen Welle des Widerstands gegen staatliche Sparpolitik, unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse und politische Entmachtung junger Menschen. Durch diese Bewegungen entsteht ein neues Klassenbewusstsein, das die Frage stellt, wem Städte, Ressourcen und Zukunft eigentlich gehören. Berlin, als Schmelzpunkt von diversen linken Bewegungen, mit seiner Nähe zu den Ostbundesländern und, muss Teil dieser Energie sein und sie weiter anfachen. Es liegt an Akteur*innen wie

der Grünen Jugend, diese Ressourcen zu nutzen und in der neuen Legislaturperiode aus Vernetzung zwischen Parlament und Straße mehr als nur Symbolpolitik zu machen.

In allen Bereichen die Klassenfrage stellen (kramt die Beschlüsse der letzten 5 Jahre aus, sie sind aktueller denn je)

Beim Verbandstag im Herbst haben wir viel über die Zukunft der Grünen Jugend Berlin diskutiert. Die Ergebnisse fassen wir jetzt in einem Beschluss zusammen, um aus den Debatten Konsequenzen zu ziehen.

Durch alle Themen, die uns beschäftigen, zieht sich dabei eine Gemeinsamkeit: Überall geht es um Klassenfragen. Dass die einen immer mehr Vermögen und damit Macht und Einfluss anhäufen, sorgt bei der Mehrheit für eine wachsende Verelendung. Diese Ungleichheit zeigt sich in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen: wenn steigende Mieten einen immer größeren Teil des Einkommens verschlingen, Beschäftigte unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden oder gesellschaftliche Teilhabe zunehmend vom eigenen Geldbeutel abhängt.
Diese Probleme stehen nicht unabhängig voneinander, sondern sind eng miteinander verbunden. Denn hinter ihnen steht immer auch die Frage, wer über gesellschaftliche Ressourcen verfügt, wer Entscheidungen trifft und wer die Folgen dieser Entscheidungen tragen muss. Deshalb dürfen wir soziale Kämpfe nicht isoliert betrachten. Wir wollen ihre Zusammenhänge sichtbar machen und deutlich machen, dass der Kampf für bezahlbaren Wohnraum, gute Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Teilhabe auch ein gemeinsamer Kampf gegen soziale Ungleichheit ist

1. Wohnen ist keine Ware!
Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage. Während große Immobilienkonzerne mit Wohnraum Profite erwirtschaften, wird es für immer mehr Berliner*innen schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Steigende Mieten verschärfen soziale Ungleichheit und sorgen dafür, dass Menschen mit geringem Einkommen zunehmend aus ihren Kiezen verdrängt werden. Dabei ist Wohnen ein Grundbedürfnis und darf nicht davon abhängen, wie viel Geld jemand zur Verfügung hat.
2021 stimmten die Berlinerinnen im Volksentscheid dafür, große Wohnungskonzerne wie Deutsche Wohnen & Co zu vergesellschaften. Heute arbeitet die Bewegung eng mit Mieter*innenverbänden zusammen und hat gemeinsam mit Jurist*innen konkrete Gesetzesvorschläge für die Umsetzung erarbeitet. Es ist höchste Zeit, diesen Volksentscheid umzusetzen. Diese Forderung ist für Rot-Grün-Rot 2026 unverhandelbar. Es ist unsere Bedingung für jeden Koalitionsvertrag, den wir unterstützen.

Mieter*innen- und Arbeiter*innenkämpfe sind miteinander verschränkt, da beiden klar die Klassenfrage zugrunde liegt. Wir dürfen sie nicht gegeneinander ausspielen. Stattdessen wollen wir lernen, diese Zusammenhänge zu benennen und entsprechend zu argumentieren.

2. Ein gerechtes Pflegesystem gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen!
Auch in der Pflege zeigt sich, dass tagespolitische Fragen eng mit Klassenkämpfen verbunden sind. Dieses Beispiel könnte aktueller nicht sein: Denn wer von niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen betroffen ist, muss häufig gleichzeitig einen großen Teil des Einkommens für die Miete aufbringen. Mieter*innen und Arbeiter*innen sind dabei keine voneinander

getrennten Gruppen, sondern häufig dieselben Menschen. Verbesserungen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen können deshalb nicht unabhängig von der Frage nach bezahlbarem Wohnraum betrachtet werden.

Gerade wurden an der Charité hart erkämpfte Entlastungen für Pfleger*innen rückgängig gemacht. Und es trifft eine Berufsgruppe, die mehrfach belastet ist: durch Personalmangel, in 2026, durch wegen der Klimawandel verschärften Hitzewellen, durch zusätzliche Care-Arbeit zu Hause und durch einen antifeministischen und antidiversity Rollback im Berufsumfeld. Wir wollen keine symbolischen Balkonapplause, sondern faire Ausbildungsbedingungen, humane Arbeitszeiten und deutlich höhere Gehälter. Doch selbst bessere Löhne können die finanzielle Belastung durch immer weiter steigende Mieten nicht vollständig ausgleichen. Deshalb müssen wir gute Arbeitsbedingungen und bezahlbaren Wohnraum zusammendenken. Die Vergesellschaftung von Wohnraum kann auch für Beschäftigte in der Pflege eine konkrete Entlastung bedeuten.

3. Mobilität für alle!
Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein - ist das aber viel zu oft. Die Grüne Fraktion verfügt über zahlreiche erfahrene Verkehrspolitiker*innen. Unser Anspruch an sie muss sein, nicht nur die Rückwärtspolitik der CDU aufzuholen, sondern Mobilität für alle zu gestalten. Den kommenden Senat werden wir in den nächsten fünf Jahren daran messen, wie er es schafft, günstige und zuverlässige Mobilität für alle Menschen zu ermöglichen, und das auch außerhalb des S-Bahn-Rings. Statt CDU-Hirngespinsten wie Flugtaxis und Autobahnen braucht Berlin eine Verkehrspolitik, die klimafreundliche, sichere und bequeme Fortbewegung klar priorisiert. Das 9-Euro-Ticket hat die Grüne Jugend Berlin aus gutem Grund ins Wahlprogramm verhandelt. Das Ticket hat die soziale Teilhabe von Menschen mit geringerem Einkommen erwiesenermaßen verbessert.

Niemals ohne dich - Gemeinsam auf die Straße!

Gesellschaftliche Veränderungen können wir nicht allein erreichen. Wenn wir politischen Druck aufbauen wollen, müssen wir mit den Menschen und Organisationen zusammenarbeiten, die sich bereits für soziale und klimagerechte Veränderungen einsetzen. Bündnisarbeit sehen wir dadurch als wichtiges Instrument um unsere Stellung in der gesellschaftlichen Linken zu stärken und zum linken Machtaufbau beizutragen.

Überschneidungen unserer Forderungen sehen wir klar auch bei Fridays for Future, die seit Jahren eine grüne Verkehrswende fordern. Die Kommunikation zwischen GJ-Kreisverbänden und FFF-Ortsgruppen muss durch gemeinsame Treffen besser werden.

Für Demos und kurzfristige Ankündigungen muss auf Landesebene ein klarer Kommunikationsleitfaden geregelt werden. Berlin muss bis 2030 klimaneutral werden, wir fordern radikalen Klimaschutz mit sozial gerechten Maßnahmen.

Bündnisse wie ‚Widersetzen' haben einen Minimalkonsens geschaffen und diverse gesellschaftliche Akteur*innen zusammengebracht, auch wenn sich Meinungen zu anderen Themen unterscheiden. Demokratie zu schützen und ihre Feinde zu bekämpfen ist für uns unverhandelbar. Ein AfD-Verbot ist überfällig und ein Verbotsprüfverfahren muss in Berlin eingeleitet werden. Hier sollte unsere Zusammenarbeit mit ‚Widersetzen' aber nicht enden. Den Rechtsruck können wir nur mit breiten Mehrheiten kontern, weshalb unser Protest auf den Straßen bleibt.

Bündnisse wie „Widersetzen“ haben ein Konsens an politischen Zielen geschaffen, hinter dem sich eine breite Spanne an zivilgesellschaftlichen Akteuren und breite Teile der Gesellschaft versammeln können. Auch für uns ist der Schutz der Demokratie und der Kampf gegen immer stärker werdenden rechtsextremen und faschistischen Strömungen unverhandelbar. Den Rechtsruck können wir nur mit breiten Mehrheiten kontern, weshalb unser Protest auf den Straßen entscheidend ist. Er zeigt, dass gemeinsame politische Ziele eine Zusammenarbeit auch über unterschiedliche inhaltliche Positionen hinweg ermöglichen können. Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit ‚Widersetzen' ausbauen.
Wir beteiligen uns deswegen an Aktionen des zivilen Ungehorsams. Ziviler Ungehorsam ist für uns eine legitime Form des politschen Protestes. Um unseren Mitglieder die Teilnahme möglichst sicher und mit guter Vorbereitung ermöglichen wollen, bieten wie vor Aktionen mit zivilen Ungehorsam Aktionstrainings an. Durch gute Mobilisierung und Kommunikation wollen wir die Hürden der Teilnahme an Protesten, zu denen wir aufrufen, möglichst senken.
Ein weiterer Schritt im Kampf gegen den erstarkenden Faschismus ist ein AfD-Verbotsverfahren. Dafür muss so schnell es geht der Prüfauftrag gestellt werden. Die künftige Berliner Landesregierung muss diese Verantwortung übernehmen und die nötige Mehrheit im Bundesrat dafür schaffen
Rassismus geht aber nicht nur von der AfD aus, sondern auch von staatlichen Strukturen, für die der Senat direkt Verantwortung trägt. Wir fordern ein Ende von Abschiebungen aus Berlin, von Racial Profiling, KI-Überwachung und der Ausweisung "kriminalitätsbelasteter Orte".

Im digitalen Raum bestimmen einige wenige, was Nutzer*innen vom politischen Diskurs zu sehen bekommen. Hier sehen wir ein immenses Ungleichgewicht an Fakten und emotionalisierenden Bildern und Schlagzeilen. Weder vom Vertuschen von AfD-Mehrheiten in Landtagen oder Bezirksparlamenten durch Hetzkampagnen gegen Rot-Grün-Rot, noch von der Diskreditierung von Schüler*innenprotesten lassen wir uns einschüchtern. Kürzungen in Bildung und Jugendarbeit passieren weiter. Annäherungen an eine Wehrpflicht werden nicht mehr öffentlich diskutiert, sondern hinter geschlossenen Türen. Das geht nicht an uns vorbei. Als Verband mobilisieren wir zu Demos, organisieren sie selbst und machen auf unseren Kanälen sichtbar, was andere lieber im Stillen beschließen würden.